

Abgesang der Demokratie?

Andrea Szukala

Repräsentationslücke, Responsivitätsprobleme und Wahlen: Überlegungen zu den Erwartungen an eine Wahlvorbereitung in und außerhalb von Schule

1. Politisch-kultureller Wandel und neue Konfliktlinien

Seit dem Jahr 2014 wandeln sich in der Bundesrepublik Deutschland gesellschaftliche Konfliktlagen auf eine Weise, die nachhaltig auf die Wahrnehmung des politischen Systems sowie der politischen Eliten und des repräsentativen Prinzips in der pluralistischen Demokratie wirkt. Dies führte bei steigender Wählermobilisierung zu veränderten Wahlausgängen bei Kommunal- und Landtagswahlen mit – zum Teil hohen – Anteilen von Protestwählern, namentlich Wählern der Alternative für Deutschland, eine nach dem Grundsatzprogramm des Jahres 2016 als rechtspopulistisch einzuordnende Partei. Sie reiht sich ein in eine im europäischen Maßstab teilweise kooperierende Familie von Parteien, die es auf insgesamt sechzehn nationale Regierungsbeteiligungen seit der Jahrtausendwende bringen, so dass hier inzwischen von einem Normalisierungsprozess gesprochen wird (Akkerman et al. 2016). Diese Entwicklung erzeugt in der Bundesrepublik Deutschland aus verschiedenen Gründen eine verstärkte Aufmerksamkeit für politische und sozialwissenschaftliche Bildung, die mit zum Teil hohen Erwartungen bezüglich der Wirksamkeit von einschlägigen Bildungsformaten mit Blick auf den erstarkenden Rechtspopulismus einhergeht. Dies gilt insbesondere für die Vorbereitung von Wahlen in und außerhalb von Schulen im Wahljahr 2017. Im Folgenden wird aus diesem Anlass zunächst der Forschungsstand mit Bezug auf die aktuelle demokratische Transformation kurz referiert, im zweiten Teil des Aufsatzes werden Chancen und Grenzen einer Wahlvorbereitung im Rahmen sozialwissenschaftlicher Bildung mit Blick auf diese Herausforderungen neu perspektiviert, schließlich werden Schwerpunktsetzungen in einem Ausblick auf die nächsten Monate konkretisiert.

Die jüngere polarisierende Entwicklung der Parteiensysteme in den europäischen Demokratien zeichnet sich schon seit längerer Zeit ab und wird bereits seit Beginn der Nullerjahre in der Politikwissenschaft diskutiert. Die Parteienforschung erklärt hier das Entstehen neuer europaskeptischer bis -feindlicher Parteien als eine Entwicklung, die aufgrund der fortgesetzten Unmöglichkeit einer politischen Konfliktbearbeitung auf EU-Ebene in die Mitgliedstaaten zurückstrahlt und sich dort zwischenzeitlich in einen Konflikt um die Mechanismen

der Demokratie und um die Responsivität der Regierungssysteme insgesamt transformiert hat (Kriesi et al. 2006). Im Zuge der europäischen Krise wurde dann zunehmend offensichtlich, dass es vor allem die europäische Mehrebenenpolitik war, die die „Durchlöcherung des Responsivitäts-Accountability-Mechanismus“ (das wirksame Aufnehmen politischer Forderungen und das Zur-Rechenschaftziehen-Können von politischen Entscheidern) in den nationalen Regierungssystemen verschärft hatte (Franzmann i. E.). Höpner spricht sogar von einer „Radikalisierung“ des Demokratiedefizites durch die Krise (Höpner 2015). Diese Systemdefekte, die vor allem auch auf die von Beginn an diskutierten Konstruktionsfehler der WWU (Europäische Wirtschafts- und Währungsunion) sowie auf die Fokussierung auf eine rechtliche Integration und eine wenig adressatenorientierte Politikimplementati-on in der EU zurückzuführen sind (Scharpf 2015; Szukala 2012b), erzeugen langfristige Fragmentierungseffekte der Parteiensysteme in den europäischen Demokratien, so auch in der Bundesrepublik Deutschland. Mit dieser Entwicklung verbindet sich eine nachhaltige Veränderung der Einstellungen zur Europäischen Union in den Bevölkerungen beinahe aller Mitgliedstaaten, nachdem die „optimistische Erzählung“, dass die EU im Sinne Habermas' und anderer die Mitgliedstaaten gegenüber Effekten der Globalisierung schützt und Handlungsfähigkeit erhält, kein in den meisten Mitgliedstaaten und Bevölkerungsgruppen sozio-ökonomisch geteiltes Narrativ ist (Scharpf und andere fordern immer wieder, die Sichtweisen anderer Mitgliedstaaten stärker in den Blick zu nehmen, Scharpf 2015). Im Gegenteil kommt es zu einer Verfestigung der bereits seit dem Scheitern des Verfassungsvertrages und der letzten EU-Erweiterungen distanzierteren Haltung, dem so genannten „constraining dissensus“, gegenüber der demokratischen Qualität des Mehrebenensystems in Europa (Hooghe / Marks 2009, in Abgrenzung zum früheren „permissiven Konsens“ gegenüber der europäischen Integration), die zuletzt in einem EU-Austrittsreferendum eines großen Mitgliedstaates kulminierte.

In jüngerer Zeit wird schließlich auch im Bewusstsein der breiten Öffentlichkeit präsent, dass in den neuen Polarisierungen eine von den etablierten Parteien auf dem rechten und linken Flügel des Parteiensystems bislang nicht bearbeitete Konfliktlinie, die Konfliktlage um Europäisierung

und Globalisierung, aufgenommen wird. Bornschieer nennt sie eine „neue kulturelle Konfliktlinie“ zwischen Vertretern libertär-universalistisch-kosmopolitischer und traditionalistisch-kommunitaristischer Werte (Bornschieer 2010). Diese Wertekonflikte verlaufen quer zur Rechts-Links-Achse des Parteiensystems und kristallisieren sich zum einen um den demokratischen Umgang mit den Auflösungserscheinungen des nationalstaatlichen Containers und mit der Verteilung von ökonomischen Gewinnen und Verlusten im Kontext seiner Entgrenzungen. Zum anderen werden Fragen der Identitäten und des Zusammenhaltes in durch Individualisierung, Instabilität und Pluralisierung geprägten Gesellschaften thematisiert (Aschauer 2017). Diese Konflikte artikulieren sich weitgehend getrennt zu den traditionellen, die europäischen Gesellschaften prägenden Cleavages zwischen Staat—Kirche, Arbeit—Eigentum und Zentrum—Peripherie. Für letzteren Konflikt sind freilich doch einige Parallelen zur heutigen Entfremdung großer Teile der Bevölkerungen von den urbanen, gebildeten Entscheidereliten der Parteien zu beobachten (Lipset / Rokkan 1967). Besonders schmerzhaft sichtbar wird dies in der sozialdemokratischen Parteifamilie, die in den Nullerjahren von den traditionalistischen Prägungen der „alten“ Linken Abstand genommen und sich weitgehender modernisiert hatte als ihre Wählerinnen (Giddens 1998). In diese Repräsentationslücke in den Parteiensystemen stoßen die rechtspopulistischen Parteien mit ihren überwiegend ethno-nationalistischen Vergemeinschaftungsnarrativen und Angeboten einer politischen Beheimatung (Merkel 2017). Mit ihrem an Themen wie nationale Grenzsouveränität, Innere Sicherheit und Diversität / Migration orientiertem Euroskeptizismus sind diese Parteien allerdings klar von den linken und linkspopulistischen euroskeptischen Parteien und Bewegungen abzugrenzen (Les Insoumis, Podemos, Syriza), die vor allem in jenen Ländern Wahlerfolge erzielen, in denen die wirtschaftlichen Folgen von Finanz- und Schuldenkrise sowie Austeritätspolitik bedeutende Teile der Bevölkerungen ökonomisch prekariert und vor allem die junge Generation um Lebenschancen gebracht haben (Hobolt / de Vries 2016).

Während Partei- und Regierungseliten sich in der Bundesrepublik mittels der Inszenierung von Responsivität (Bürgerdialoge), Ruhebewahren angesichts äußerer und innerer Bedrohungen sowie technokratischem Pragmatismus und Wirtschaftswachstum durch Wahlkämpfe schlängeln, spitzt sich vonseiten der Wissenschaften der Streit um den Umgang mit Schädigungen der europäischen Demokratien („Demokratische Regression“, Apparuai 2017), der hegemonialen Rolle Deutschlands in der EU und seiner Austeritätspolitik und mit dem wahrgenommenen Verlust politischer Wirksamkeit bei den Bürgerinnen und Bürgern immer wieder zu: So zuletzt im Kontext der Debatte um die von der EU-Kommission vorgelegten Vorschläge zur Zukunft Europas (Europäische Kommission 2017), bei der Frage nach dem Umgang mit der von A. Schäfer vorgelegten Studie zur Responsivität des deutschen Regierungssystems (s. u.).

Bislang überhaupt nicht abzusehen ist, ob und inwieweit diese tiefgreifenden und fundierten Zweifel an der heutigen Mehrebenenregierungsform im Spannungsfeld von globalem Kapitalismus und Demokratie in Kontexten der politischen

Bildung in der Bundesrepublik ernsthaft und kontrovers thematisiert werden und breit — auch didaktisch — in den Blick genommen werden können (s. hierzu auch Beiträge von Zimenkova, Eis und Szukala in: Politisches Lernen, Themenheft Europa).

2. Eine paradoxe Ausgangslage für die Wahlvorbereitung

Aus dieser komplexen Gemengelage ergibt sich ein schwieriges und teilweise paradoxes Bild für die Wahlvorbereitung der nächsten nationalen und regionalen Wahlen und von den Erwartungen, die hier gegenüber dem Feld der politischen Bildung formuliert werden. Denn wie gesehen bleiben die populistischen Bewegungsparteien nicht nur bei der Ablehnung bestimmter Outputs des Regierungssystems (wie beispielsweise spezieller Entscheidungen im Kontext der Fluchtbewegungen aufgrund des Syrienkonfliktes) sowie seiner parteienübergreifend eher liberal-kosmopolitischen Eliten stehen, sondern ihre Fundamentalkritik berührt zunehmend auch die Input-Dimension des politischen Systems. Das betrifft den intrinsischen Wert und die Unterstützungswürdigkeit einer Regierungsform, die mit der oben beschriebenen Mehrebenen-Demokratie verbunden ist. Hier wird daraus eine fundamentale Systemkritik, die als Forderung nach mehr und besserer Demokratie sowie nach extensiver demokratischer Inklusion in Form von Plebisziten zur Wählermobilisierung eingesetzt wird. Neben dem anscheinend instrumentellen Charakter dieser Forderung für bestimmte Politikfelder (Landwehr et al. 2017) hat diese direktdemokratische populistische Mobilisierung zugleich das Ziel, die gegenwärtige repräsentative Demokratie zu delegitimieren und das eigene politische Handeln im Sinne einer Antipolitik gegenüber dem pluralistischen politischen Prozess zu immunisieren (Müller 2016). Parteienwettbewerb und politische Partizipation durch Wahlen werden folgerichtig als minderwertigere Form politischer Interessenvermittlung diskreditiert und negativ gegenüber einem „eigentlichen“, aber angeblich unterdrückten, souveränen Volkswillen konturiert, der durch die Repräsentationslücken der Mehrebenen-demokratie korrumpiert wäre. Dem homogen verstandenen „Volk“ wird freilich als ethnisch gerahmte Gruppe exklusiver Charakter und eine besondere Dignität zugeschrieben.

Dass hier die demokratische Forderung auf spezielle Weise mit als rechtspopulistisch und zum Teil leider auch rassistisch zu bezeichnenden Vorstellungen von Ungleichwertigkeit verbunden wird, macht den demokratiebildnerischen Umgang mit ihr auf paradoxe Weise problematisch, denn diese triggern die Wahrnehmung im Feld der politischen Bildung in extremer Form: Der Umgang mit Rechtsextremismus zählt zu ihrem Kerngeschäft, die politische Bildung der Nachkriegsbundesrepublik gründet gewissermaßen in dem Auftrag, Gefährdungen der Demokratie von rechts abzuwehren. Die sich in diesem Kontext stellenden Aufgaben werden in politischer Bildung in Deutschland seit Langem in relativ routinisierten, bewährten Diskursen, Praxen und Interventionsformaten abgearbeitet. Die hier im populistischen Programm gleichzeitig eingebettete und mit ihr verbundene Frage der demokratischen Transformation der westlichen Demokratien des 21.

Jahrhunderts stellt allerdings eine völlig neue Herausforderung dar. Wird nun ausschließlich das politische Programm der Ausgrenzung und des Ungleichwertigkeitsdenkens in den Blick genommen, das in den meisten Bundesländern bereits mit den curricular basierten Wertorientierungen der einschlägigen Fächer in Widerspruch stehen dürfte, besteht die Gefahr, dass versäumt bzw. vermieden wird, auch die behaupteten Störungen des demokratischen Mechanismus angemessen zu erfassen und zu bearbeiten, was zweifellos den Verleugnungshypothesen der Rechtspopulisten eine willkommene Bestätigung verschaffen würde.

In Frage steht indes andererseits, wie weit und wo politische Bildung an diesem Punkt überhaupt ernsthafte demokratiepolitische Wirkmöglichkeiten entfalten kann, da es sich wie gesehen bei der so genannten „Repräsentationskrise“ um die Effekte eines echten Strukturproblems der heutigen Demokratien der EU handelt, das nicht ausschließlich einer mangelnden „Demokratiekompetenz“ der Bürgerinnen zugeschrieben werden darf. Paradoxerweise wird aber gerade hier immer wieder Bildungsakteuren die Aufgabe zugewiesen, positive Gegennarrative einer demokratischen Vergemeinschaftung für eine multikulturelle und globalisierte Bundesrepublik Deutschland verfügbar zu machen, die an eine offene, liberale und demokratische Europäische Union anschließen, welche aber de facto so in ihrer derzeitigen politisch-institutionellen Form nicht zuverlässig funktioniert, sondern bislang bedauernswerterweise teilweise unvollendet geblieben ist. In diesen Bereich greifen zudem verstärkt „feldfremde“ Gruppen und Einzelinitiativen ein, denn die Sorgebekundungen, Aktivitäten um Demokratierettung und den gesellschaftlichen Zusammenhalt erzeugen inzwischen durchaus eine gewisse Grundmobilisierung gesellschaftlicher Kräfte und auch von glitzernder Prominenz.

Diese und andere Besonderheiten stellen Herausforderungen für die Wahlvorbereitung 2017 durch politische Bildner, aber auch insgesamt, dar, weil alle benannten Akteure, vor allem auch jene der Antiestablishmentparteien, im Stil der Demokratiebildung auf eine Demokratisierung der Gesellschaft im Sinne eines herzustellenden Zustandes referieren. Zwar ist der Verweis auf Volkssouveränität der deutschen politischen Bildung eher fremd, wo eine korporatistische und föderale Tradition sowie die starke Orientierung an rechtsstaatlichen Prinzipien die Volkssouveränität aus historischen Gründen bürgerbildungspolitisch stärker einhegt als das in anderen etablierten Demokratien (s. etwa die Republik Frankreich) üblich ist (Szukala 2012a).

Gleichwohl nimmt politische Bildung eine ambivalente Position, auch mit Blick auf die in diesem Zusammenhang häufig geäußerte Elitenkritik ein, da ihr selbst eine Tendenz zur Kritik an Formen der etablierten Politik eignet, was zu einer pädagogisch motivierten Überhöhung der direktdemokratischen Partizipationsformen und den in diesem Zusammenhang (enttäuschungsanfälligen) demokratischen Wirksamkeitserwartungen beitragen kann.

Das demokratische Versprechen, das mit der Expansion dieser Partizipationsformen und der Demokratisierung weiter Bereiche der Gesellschaft verbunden ist, erscheint heute allerdings in einem ambivalenten Licht, denn diese

Expansion weist antinomische Tendenzen auf, so dass in der Politikwissenschaft zunehmend diskutiert wird, ob die demokratisch-partizipative Expansion nicht auch Teil des Problems denn ausschließlich ein Teil der Lösung ist (s. Blühdorn 2013; Kriesi 2017).

Die rechtspopulistische Systemkritik nimmt dabei ihrerseits auf die politische Bildung in abwertender Weise Bezug, indem sie diese als Teil des so genannten „Machtkartells“ rahmt und so versucht, diese zu delegitimieren. Abzusehen ist bereits, dass die in den Landtagen vertretenen AfD-Fraktionen erhebliche Aktivität im Bereich der Bildungspolitik entfalten und hier im Besonderen die politische und sozialwissenschaftliche Bildung und ihre Akteure ins Visier nehmen. So ist im Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland von 2016 zu lesen:

„Heimlicher Souverän ist eine kleine, machtvolle politische Führungsgruppe innerhalb der Parteien. Sie hat die Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte zu verantworten. Es hat sich eine politische Klasse von Berufspolitikern herausgebildet, deren vordringliches Interesse ihrer Macht, ihrem Status und ihrem materiellen Wohlergehen gilt. *Es handelt sich um ein politisches Kartell, das die Schalthebel der staatlichen Macht, soweit diese nicht an die EU übertragen worden ist, die gesamte politische Bildung und große Teile der Versorgung der Bevölkerung mit politischen Informationen in Händen hat.* Nur das Staatsvolk der Bundesrepublik Deutschland kann diesen illegitimen Zustand beenden.“ (AfD 2016, S. 8, Hervorhebung von mir)

Bei einschlägigen Aktivitäten, die sich nun beispielsweise auf die Vorbereitung der Bundestagswahl beziehen, ist daher stets im Auge zu behalten, dass politische Bildung hier im Sinne einer Verschwörung als Teil des „Machtkartelles“ einer gebildeten politischen Elite gesehen wird, welche — ähnlich der Presse — auf Manipulation der Bevölkerung abzielt. Diese Wahrnehmung ist mit der gestörten Informationsprozessierung in der politischen Auseinandersetzung gekoppelt. Akteure werden verdächtig gemacht, mit korrumpierten Informationen in Bildungsprozessen umzugehen, was eine besondere Erschwernis eines Vorgehens von Bildungsseite im Kontext der anstehenden Wahlen darstellt, vor allem, wenn Wege der digitalen Wahlvorbereitung durch politische Bildung beschritten werden sollen (s. das derzeitige Vorgehen der Bundeszentrale für Politische Bildung im Bereich der Netzaktivitäten).

Zuletzt ist nicht völlig von der Hand zu weisen, dass von Spielarten der politischen Bildung selbst elitäre Rahmungen vorgenommen werden (Detjen 2012), die sich empirisch in dem gymnasialen Bias (s. Bericht der Konrad-Adenauer-Stiftung: Kalina 2014) und verschiedenen Formatierung von Bildungsangeboten (Bremer 2008) nachweisen lassen, wodurch sie in einen performativen Widerspruch gerät, eine inklusive Demokratie, die die Anliegen der so genannten „einfachen Leute“ abbildet, nicht wirklich im Auge zu haben (Scherr 2014). Dies führt zu einer Wahrnehmung, dass nicht nur die politische Bildung, aber auch sie, zu einer systematischen sozio-strukturellen Misrepräsentation von Interessen durch Entscheidereliten

in der pluralistisch-repräsentativen Demokratie beigetragen haben kann, welche manifest ist, wie die Schäfer-Studien in seiner Expertise in Anlage zum 5. Armutsbericht empirisch zweifelsfrei gezeigt hat (Schäfer et al. 2016).

Hier bestehen also sich überschneidende Konfliktlagen und teilweise Befunde, die Behauptungen der Vertreter der Systemkritik empirisch untermauern, wobei bislang in der deutschen Debatte noch nicht deutlich wird, ob auch in der politischen Bildung die Konfliktlinie zwischen den Gleichheitsanliegen (Orientierung am Klassengegensatz und sozio-ökonomischen Verteilungskonflikten) und den an identitätspolitischen Anliegen der Besonderheit / Differenz so deutlich sichtbar wird wie etwa in den USA oder in Frankreich (s. Debatte um Eribon 2016).

Es trägt sicher nicht zur Einhegung gewisser Eskalationsspitzen im Diskurs bei, dass der Schäfer-Bericht, der zunächst einer breiten Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht wurde, im Feld der politischen Bildung erstaunlicherweise kaum Resonanz hatte, werden doch systemische Asymmetrien der Interessenverwirklichung in der Bundesrepublik Deutschland empirisch ausgeleuchtet, die eine deutliche veränderte Sichtweise auf die Qualität der demokratischen Inklusion, die das politische System der Bundesrepublik Deutschland derzeit herstellen kann, nahelegt. Es steht zu fragen, ob eine solche Realität von politischer und sozialwissenschaftlicher Bildung ausgeblendet werden darf, und welche Schlussfolgerungen sich daraus für die Vorbereitung junger Menschen auf demokratische Partizipation in diesem Land ergeben.

3. Politikbildnerische Handlungsfelder im Kontext von Wahlen

Das Wahljahr 2017 erzeugt für politische Bildner einen Handlungs- und Erwartungsdruck unter sich wandelnden Bedingungen des Parteiensystems und der politischen Kultur, der politischen Kommunikation und Kampagnenführung sowie der Rolle, die der politischen Bildung in diesem Zusammenhang von verschiedenen Akteuren zugewiesen wird. Wahlvorbereitung in Schulen ist heute wichtiger denn je, vor allem mit Bezug auf die Wahlsozialisation von Erstwählerinnen, und ihre längerfristigen Effekte können überhaupt nicht überschätzt werden (Sears / Valentino 1997).

Im Folgenden werden Handlungsschwerpunkte fokussiert, die sich aus dem vorher Gesagten ergeben:

► **Ausgangspunkte:** Politische Apathie als gesellschaftliche Problemlage, aus der politische Bildung ihre Legitimation bezieht, erscheint im Kontext einer recht erfolgreichen Wählermobilisierung und politischen Agonalisierung von Systemkritik durch recht populistische Parteien ein Ausgangspunkt, der mit Bedacht eingenommen werden will. Es sollte darüber diskutiert werden, diesen durch andere Zugänge zu ergänzen. Der direkte Zugang von Parteien zu Zwecken der Erstwählermobilisierung ist an Schulen mit äußerster Sorgfalt und Professionalität durchzuführen. Die entsprechenden Regeln werden hier zu den anstehenden Wahlen stets in Erinnerung gerufen durch Anweisungen an die Schulen, die von den Kolleginnen und Kollegen in vollem Umfang zu berücksichtigen und umzusetzen sind.

► Die Wahl als wirksame Form politischer Partizipation:

Die Wählermobilisierung und die konventionelle Partizipation stehen zwar in engem Zusammenhang, dennoch muss ganz besonders deutlich gemacht werden, welche Vorteile die Wahlhandlung gegenüber allen anderen Formen der politischen Beteiligung hat. Dabei kann es nicht darum gehen, die Nicht-Wahl zu stigmatisieren, wie dies noch häufig in Materialien der politischen Bildung geschieht. Problematisch erscheint vielmehr die Rahmung des Wählens als eine gegenüber anderen Formen nicht hochwertige Form der politischen Partizipation.

Dabei soll die konventionelle Partizipationsform der Wahl deutlich mit neuen nicht-konventionellen, zunehmend plebiszitären Partizipationsformen in Beziehung gesetzt und abgegrenzt werden. Das gilt vor allem für die (Protest-) Partizipation durch digitale politische Medien. Das Wirksamkeitserleben der digitalen Partizipation ist kritisch zu bearbeiten.

Ein großes Problem ist darüber hinaus die soziale Spaltung in Bezug auf die Wahlhandlung, die sich in die anderen Formen der Partizipation überträgt (Abendschön / Roßteutscher 2016), die in der politischen Bildung endlich eingehender thematisiert werden muss (Schäfer 2015). Die schulische Wahlvorbereitung sollte daher vor allem in jenen Bezirken mit zusätzlichen Ressourcen versehen werden, in denen die sozio-ökonomischen Voraussetzungen der Wahlteilnahme besonders ungünstig sind. Neuere Initiativen der Landeszentrale für Politische Bildung in Nordrhein-Westfalen setzen diesen räumlich-aufsuchenden Ansatz bereits weitgehend um.

► Politische Eliten in der repräsentativen Demokratie:

Bedeutsam ist vor allem auch die Neubearbeitung der Inhalte über die Bedeutung der Wahl in der repräsentativen Demokratie in Bezug auf das politische Personal und dessen Rekrutierung und Funktionen sowie die Beziehung zwischen gesellschaftlicher Inklusion und Wahlen im Zuge der demokratischen Alternanz.

Hier müssen politische Wirksamkeit und Anforderungen an die Demokratie im Kontext der Wählervorbereitung stärker thematisiert werden. Es sollte neben den Vorteilen der Wahlhandlung klar verdeutlicht werden, dass Wahlen wirksam sind und dass Wahlversprechen in demokratischen Systemen wie dem bundesrepublikanischen von handelnden Eliten weitgehend auch eingelöst werden (s. „responsible party model“). Zudem kann forschend-lernend verdeutlicht werden, wie Bürgerinnen die Wahl wahrnehmen, mit welchen sozialisationsschritten das Wählgang eigentlich insgesamt verbunden ist (Krebs / Szukala 2014) und wie Wählerinnen mobilisiert werden.

► Wahlentscheidung und Informationsprobleme:

In Bezug auf die Kampagnen und die Verbreitung von Informationen zur Wahl sollten die Informationsstrategien sowie die Strategien der Wahlentscheidungsfindung problematisiert werden, so dass ein metakognitiv kompetenter, mündiger Umgang mit politischen Informationen begünstigt wird. Dies kann komplementär und abgestimmt auf das Angebot der VAAs (Voting Advice Applications / Wahlomat) vorgenommen werden, die hohe Mobilisierungseffekte durch die

Vereinfachung des Informationsproblems bei Wahlen haben. Zugleich erscheint es aber auch notwendig, dass die sich aus den VAAs ergebenden niedrigschwelligen Angebote mit Beiträgen zur politischen Identitätsbildung komplementär didaktisch begleitet und verdichtet werden sollten: Auch hier wird der Ansatz, analoge und digitale Angebote zu verbinden, bereits in Nordrhein-Westfalen umgesetzt (S. Demokratour im Vorfeld der Landtagswahl 2017).

► **Filterprobleme bei der adressierten Kampagnenführung:** In Kooperation mit Medienpädagogen müssen Angebote geschaffen werden, die einen informatorisch mündigen Umgang mit Technologien wie Twitter erarbeiten helfen. Politische Bildung hat bislang hochgradig von den Filterfunktionen „seriöser“ Medien profitiert. Die ungefilterte massenmediale direkte Kommunikation zwischen politischen Akteuren und Wählerinnen ist bislang nicht Teil der politikbildnerischen Wahlvorbereitung. Diese so genannte „vierte Phase“ der modernen Kampagnenführung muss dringend in politischer Bildung thematisiert und kanonisiert aufgenommen werden (Römmele / von Schneidmesser 2016). Hierbei wird es vor allem um den Umgang mit Fakten und mit der Personalisierung des Wahlkampfes gehen. Durch die Nutzung von Big Data kann sich eine persönliche Form der Wähleransprache ergeben, auf die bislang noch keine Vorbereitung im Kontext politischer Bildung erfolgt. Dies sollte auch didaktisch gespiegelt werden durch einen metakognitionsorientierten Zugang zur Personalisierung im Kontext der neuen Kampagnenführung in den westlichen Demokratien.

4. Zusammenfassung

Die Erwartungen gegenüber der Wahlvorbereitung in und durch politische und sozialwissenschaftliche Bildung sind weitreichend und teilweise überambitioniert. Denn die zeitgenössischen Krisensynndrome, die mit den Mitteln der Bildung kuriert werden sollen, sind größtenteils mit strukturellen Problemen der heutigen Demokratien in Europa verbunden, die innerhalb des politischen Raumes artikuliert und bearbeitet werden sollten. Die neuere Polarisierung in den westlichen Gesellschaften und Parteiensystemen sind Ergebnis einer Entwicklung, die auf Versäumnisse etablierter Politik zurückzuführen sind und die so gut wie überhaupt nicht mit der politischen Kompetenz oder Inkompetenz der Bürgerinnen und Bürger oder einem „falschen“ Verständnis von Demokratie erklärt werden können. Die Herausforderung an Akteure im Feld der politischen Bildung besteht deshalb nicht nur darin, besonnen an einer pluralistischen Wahlvorbereitung festzuhalten, um den Veropferungsstrategien gewisser Parteien keine Nahrung zu geben. Es ist zugleich zentral bedeutsam, die geäußerte und teilweise fundierte Demokratiekritik auch aufzunehmen und in einen Wertekontext einzubetten, der sich von den kursierenden Wir-und-Die-Mustern der Vergesellschaftung klar abgrenzt. In diesem Zusammenhang wird vor allem auch deutlich, wie hochgradig herausfordernd die Arbeit heutiger Politikprofessioneller und Eliten ist, die diese in Agenden, Programme und wirksame Narrative umsetzen müssen, die das Potenzial haben, für demokratische Politikgestaltung, gesellschaftlichen Zusammenhalt und Beheimatung im globalen und digitalen 21.

Jahrhundert plausible Horizonte aufzuzeigen. Dabei können sozialwissenschaftliche Forschung und Bildung unterstützen und verantwortlich mitdenken. Sie können die Mündigkeitsfähigkeiten aller Menschen schulen und stärken und müssen hier vor allem die eigenen Inklusivitätsdefizite bearbeiten.

Literatur

- Abendschön, Simone / Roßteutscher, Sigrid (2016): Wahlbeteiligung junger Erwachsener — Steigt die soziale und politische Ungleichheit? In: Roßteutscher, Sigrid / Faas, Thorsten / Ulrich Rosar (Hg.): Bürgerinnen und Bürger im Wandel der Zeit. 25 Jahre Wahl- und Einstellungsforschung, Wiesbaden: Springer VS, 67-91
- Akkerman, Tijtske / de Lange, Sarah L. / Rooduijn, Matthejs (Hg.) (2016): Radical right-wing populist parties in Western Europe: into the mainstream? London: Routledge
- Apparurai, Arjun / Bauman, Zygmunt / della Porta, Donatella et al. (2017): Die große Regression — Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit. Frankfurt: Suhrkamp
- Alternative für Deutschland 2016, Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland, www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/05/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_webversion.pdf (Zugriff: 24.5.2017)
- Aschauer, Wolfgang (2017): Individualisierung und Unbehagen: Die Ambivalenz der Freiheit. In: Das gesellschaftliche Unbehagen in der EU. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 349-415
- Blühdorn, Ingolfur (2013): Simulative Demokratie, Frankfurt: Suhrkamp
- Bornschieer, Simon (2010): Cleavage politics and the populist right: the new cultural conflict in Western Europe. Temple University
- Bremer, Helmut (2008): Das „politische Spiel“ zwischen Selbstausschließung und Fremdausschließung. In: Außerschulische Bildung 3, 266-272
- Detjen, Joachim (2007): Politische Bildung für bildungsferne Milieus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 32-33, 3-8
- Eribon, Didier (2016): Rückkehr nach Reims. Frankfurt: Suhrkamp
- Landwehr, Claudia / Faas, Thorsten / Harms, Philipp (2017): Bröckelt der Verfahrenskonsens? Einstellungen zu politischen Entscheidungen und demokratischen Entscheidungsverfahren in Zeiten des Populismus. In: Leviathan 45, 1, 35-54
- Franzmann, Simon, i. E., Von der EURO-Opposition zur Kosmopolitismus-Opposition. Der Fall der deutschen AfD. Erscheint in: Lisa Anders / Henrik Scheller / Thomas Tutschew (Hg.): Parteien und die Politisierung der Europäischen Union, Wiesbaden: Springer VS
- Giddens, Anthony (1997): Jenseits von links und rechts: die Zukunft radikaler Demokratie. Frankfurt: Suhrkamp
- Hedtke, Reinhold / Zimenkova, Tatjana (2013): Education for Civic and Political Participation: A Critical Approach. Routledge Research in Education. New York: Routledge
- Hobolt, Sara B. / de Vries, Catherine (2016): Turning against the union? The impact of the crisis on the Eurosceptic vote in the 2014 European Parliament elections. In: Electoral Studies 44, 504-514

- Höpner, Martin (2015): Der integrationistische Fehlschluss. In: *Leviathan* 43, 1, 29–42
- Hooghe, Liesbeth / Marks, Gary (2009): A postfunctionalist theory of European integration: from permissive consensus to constraining dissensus. In: *British Journal of Political Science* 39(1): 1–23
- Krebs, Oliver / Szukala, Andrea (2013): Schülerinnen als Wahlaufreuerinnen. Forschendes Lernen mit Experimenten zum Verhalten von Wählerinnen, in: *Gesellschaft, Wirtschaft, Politik* 63, 2, 285–297
- Kriesi, Hanspeter / Grande, Edgar et al. (2006): Globalization and the Transformation of the National Political Space: Six European Countries Compared. In: *European Journal of Political Research* 45, 921–956
- Kriesi, Hanspeter (2017): Was die Europäer unter Demokratie verstehen. In: *Demokratie, Diktatur, Gerechtigkeit*. Springer Fachmedien Wiesbaden, 2017. 353–370
- Merkel, Wolfgang (2017): Kosmopolitismus versus Kommunitarismus: Ein neuer Konflikt in der Demokratie. In: Philipp Harfst/Ina Kubbe/Thomas Poguntke (Hg.), *Parties, Governments and Elites*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 9–23
- Müller, Jan-Werner (2016): Was ist Populismus. Ein Essay. Berlin: Suhrkamp
- Kalina, Andreas (2014): Erfolgreich. Politisch. Bilden. Faktensammlung zum Stand der Politischen Bildung in Deutschland. Konrad Adenauer-Stiftung: Handreichung zur Politischen Bildung, Band 4. Bonn: Konrad Adenauer-Stiftung
- Lipset, Seymour Martin / Rokkan, Stein (Hg.) (1967): *Party systems and voter alignments: Cross-national perspectives*. New York: Free Press
- Politisches Lernen, Themenheft Europa, Jg. 32, 2014, H. 1–2.
- Rauh, Christian / Zürn, Michael (2014): Zur Politisierung der EU in der Krise. In: Martin Heidenreich (Hg.): *Krise der europäischen Vergesellschaftung? Soziologische Perspektiven*. Wiesbaden: Springer VS, 121–145
- Römmele, Andrea / von Schneidmesser, Dirk (2016): Election campaigning enters a fourth phase: the mediatized campaign. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 26, 4, 425–442
- Scharpf, Fritz W. (2015): Das Dilemma der supranationalen Demokratie in Europa. In: *Leviathan* 43, 1, 11–28
- Scherr, Albert (2014): Was nützt sozial benachteiligten Jugendlichen politische Bildung? In: *Sozial Extra* 38, 5, 20–21
- Schäfer, Armin (2016): Systematisch verzerrte Entscheidungen? Die Responsivität der deutschen Politik von 1998 bis 2015. Expertise für den 5. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, online verfügbar unter www.armuts-und-reichtumsbericht.de/SharedDocs/Downloads/Service/Studien/endbericht-systematisch-verzerrte-entscheidungen.pdf?__blob=publicationFile&v=2 (mit Lea Elsässer und Armin Schäfer) (Zugriff: 24.5.2017)
- Schäfer, Armin (2015): Der Verlust politischer Gleichheit – Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet, Frankfurt: Campus
- Sears, David O./Valentino, Nicholas A. (1997): Politics Matters: Political Events as Catalysts for Preadult Socialization. In: *American Political Science Review* 91, 45–65
- Szukala, Andrea (2012a): Von der Regierungslehre zur Demokratieforschung: Perspektiven der didaktischen Transformation von neueren Fachkonzepten für die politische Bildung. In: *Politische Bildung* 45, 3, 156 – 167
- Szukala, Andrea (2012b): *Das Implementationssystem europäischer Politik*. Wiesbaden: Springer VS.

Prof. Dr. Andrea Szukala, Universität Münster, ist derzeit als Gastwissenschaftlerin an der *École Pratique des Hautes Études en Sciences Sociales*, Paris, tätig. Sie begleitet u. a. die Online-Angebote der Bundeszentrale für Politische Bildung zur Bundestagswahl 2017.

Simon T. Franzmann

Populismus als Herausforderung für die politische Bildung

Der Aufstieg populistischer Parteien in Europa hat die Frage nach den Herausforderungen für die politische Bildung wieder aufleben lassen. In Deutschland dominierte jahrelang der Fokus auf politischen Extremismus von links und rechts und weniger auf Populismus. In einer Art historisch bedingter Selbstfixierung überwog die Frage, wie antidemokratischen Tendenzen entgegengewirkt werden kann. Die Abwesenheit einer starken rechtspopulistischen Partei in Deutschland mag dieses Phänomen begünstigt haben, obwohl in den Nachbarländern Dänemark, Niederlande, Belgien, Frankreich, Schweiz und Österreich schon seit Jahrzehnten populistische Parteien Wahlerfolge erzielen konnten. Populisten und Extremisten sind aber in keiner Weise gleichzusetzen. Einem Extremisten wird man trotz durchaus oberflächlicher Argumente zugunsten der freiheitlich-demokratischen

Grundordnung nachweisen können, dass er im Grunde auf die Abschaffung der selbigen hinarbeitet. Bei einer Populistin und einem Populisten wird dies nicht gelingen, da sie oder er sich als den Hüter der wahren Demokratie sieht. Dabei kann durchaus neben einer festen Überzeugung schlicht ein Irrtum vorliegen. Oder pointierter formuliert: Ein Teil populistischer Einstellungen in der Bevölkerung lässt sich schlicht auf mangelnde politische Bildung zurückführen.

Nicht Populismus, sondern die Ursachen des Populismus bekämpfen

Populismus an sich ist weder gut noch schlecht. Populismus soll hier als ein Begründungs- und Erklärungszusammenhang von Politik aufgefasst werden, der durch die Hervorhebung des Antagonismus von Volk und Elite gekennzeichnet ist.